

zitierten Interview von Imre Miklós zur rein innerkirchlichen Angelegenheit erklärt, so geraten diese doch spätestens dann unter direkten Beschuß von Behörden und Partei, wenn sie politische Themen berühren. Derselbe Miklós hat es in einem Interview mit der Parteizeitung „Népszabadság“ (20. 2. 82) unmißverständlich gesagt: „Wenn allerdings ein Glaubensproblem nur als Vorwand dient, um politische Fragen zu tarnen, und wenn dadurch staatliche Gesetze verletzt werden, dann kann der Staat nicht gleichgültig bleiben.“ Ein solcher Vorwand sind für den kommunistischen Staat alle Sympathiebekundungen

zugunsten von prinzipieller Gewaltlosigkeit speziell zur Wehrdienstverweigerung. Gerade deswegen gibt man sich kirchlicherseits die größte Mühe, Basisgemeinschaften, die sich in solchen Fragen exponiert haben, wieder „auf den rechten Weg“ zu bringen. Aber soweit das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit originär im christlichen Glauben grundgelegt ist, müßte der Staat nach seinen eigenen Regeln eigentlich bereit sein, dies als religiösen Standpunkt zu tolerieren. Aufgabe der Bischöfe wäre es, diesbezüglich Klarheit zu schaffen und mit den Betroffenen eine Lösung zu finden.

Emmerich András

Interview

Beeinträchtigen Kinder die Lebensqualität?

Ein Gespräch mit Professor Max Wingen

Eines der kulturkritischen Schlagworte der letzten Jahre heißt „Absage an das Kind“. Gemeint ist damit der seit Mitte der sechziger Jahre besonders ausgeprägte Geburtenrückgang und die teils ökonomisch, teils psychologisch bedingten Verhaltensweisen, die die Einstellung zum Kind scheinbar oder wirklich grundlegend verändert haben. Wir sprachen darüber mit Professor Max Wingen, gegenwärtig Präsident des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg in Stuttgart. Der Verfasser ist Autor einer in diesen Wochen als Band 146 in der Reihe „Texte und Thesen“ (Interfrom Zürich) erscheinenden Arbeit „Kinder in der Industriegesellschaft – wozu? Analysen – Perspektiven – Kurskorrekturen“. Die Fragen stellte Cordelia Rambacher.

HK: Herr Prof. Wingen, empfängnisverhütende Mittel führen in Verbindung mit einer gewandelten Grundeinstellung zu einer neuen Entscheidungssituation hinsichtlich des Kinderwunsches. Aber läßt sich angesichts der seit 1966 in der Bundesrepublik recht rapid sinkenden Geburtenzahlen von einer „Absage an das Kind“ sprechen?

Wingen: Man darf sicherlich nicht von einer Absage an das Kinderhaben sprechen, erst recht nicht an das individuelle Kind. Aber es gibt ganz offensichtlich – und das zeigt auch die bevölkerungs- und sozialwissenschaftliche Forschung – sehr viel mehr konkurrierende Alternativen zum Kinderhaben als früher. Was hier fehlt, ist eine bessere Vereinbarkeit zwischen der Entscheidung für Kinder und der Entscheidung auch für andere Lebensziele. Das gilt insbesondere für die Frau. Insofern handelt es sich nicht um eine Absage an das Kind, sondern vielmehr um eine Absage an die Rahmenbedingungen, unter denen sich heute junge Eltern für oder gegen Kinder zu entscheiden haben.

HK: Diese Rahmenbedingungen sind aber nicht nur materiell oder durch die Umwelt vorgegeben, sondern sie existieren auch in den Vorstellungen von Lebensqualität der jungen Ehepaare. Muß insofern nicht doch von einer in der Haltung des einzelnen begründeten negativen Einstellung zum Kind gesprochen werden?

Wingen: Die Entscheidungssituation für oder gegen ein Kind oder ein weiteres Kind hat sich für junge Paare insbesondere unter dem Einfluß der heute praktisch perfekten Methoden der Geburtenverhütung grundlegend verändert. Etwas überspitzt ausgedrückt: Während man in der Vergangenheit sein Verhalten ändern mußte, wenn man die Geburt eines weiteren Kindes verhindern wollte, ist dort, wo etwa Ovulationshemmer, also die sogenannte „Pille“, die normale Ausgangsbasis abgeben, die Entscheidungssituation genau umgekehrt: Man muß sein Verhalten ändern, wenn man sich für ein Kind bewußt entscheiden will. Dies ist auch psychologisch ein wichtiger Unterschied. Interessanterweise wird weniger die Frage gestellt, warum junge Paare kein weiteres Kind mehr haben wollen, sondern umgekehrt die Frage, warum der einzelne sich für ein (weiteres) Kind entscheidet.

„In einer Agrargesellschaft hätte jemand die Frage nach der Zahl der gewünschten Kinder wohl kaum verstanden“

HK: Gibt es aber nicht häufig einen Zielkonflikt zwischen einem möglicherweise vorhandenen Kinderwunsch und den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen? Es ist ja bekannt, daß die faktische Kinderzahl nicht selten hinter der ursprünglichen Wunschvorstellung zurückbleibt ...

Wingen: Das ist eine sehr schwierige Frage. Ich habe sogar einige Zweifel, ob es den „eigentlichen Kinderwunsch“ überhaupt in dieser Form gibt. Sehr viel eher müssen wir wohl davon ausgehen, daß es sich stets um Entscheidungen handelt, die unter bestimmten familiären, individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen für oder gegen Kinder fallen. Im Grunde konnte sich auch erst mit der bewußteren Entscheidung für oder gegen Kinder so etwas wie ein „Kinderwunsch“ des einzelnen herausbilden. In der vorindustriellen Agrargesellschaft hätte ein Ehepaar im landwirtschaftlichen Betrieb die Frage nach der Zahl der gewünschten Kinder wohl kaum verstanden; erst wo so sehr viel bewußter entschieden wird, kann sich diese Frage im heutigen Sinne überhaupt stellen.

HK: Aber das Faktum, daß sich Eltern ursprünglich mehr Kinder wünschen, als sie später „zulassen“, gibt es doch?

Wingen: Es ist richtig, das zeigen u. a. Längsschnittuntersuchungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, daß junge Paare zu Beginn der Ehe Vorstellungen über ihre gewünschte Kinderzahl haben, die deutlich über dem später realisierten Niveau liegen. Das in der allgemeinen Diskussion als „Erstkind-Schock“ bezeichnete Phänomen tritt jedoch keineswegs durchgängig auf. Es gibt offensichtlich ausgeprägte schichtspezifische Unterschiede. Während es in unteren Berufs- und Bildungsschichten tatsächlich nicht zur Realisierung höherer Kinderzahlen im ursprünglich geplanten Ausmaß kommt, scheint man in höheren Bildungsschichten doch eher wieder zu den ursprünglich anvisierten Kinderzahlen zurückzufinden. Es gibt im übrigen Untersuchungen, aus denen sich der „Erstkind-Schock“ keineswegs so eindeutig belegen läßt. Man sollte diesen Effekt also nicht überbewerten.

HK: Ist das so zu interpretieren, daß Ehepaare heute mit ihren Kinderwünschen auf veränderte Bedingungen der sozialen Umwelt empfindlicher, zugleich individueller und nachhaltiger reagieren als in früheren Generationen? Und worauf muß man das zurückführen: werden empfundene oder tatsächliche ökonomische und soziale Benachteiligungen nur stärker gewichtet als früher, oder sind sie tatsächlich gravierender?

Wingen: Meines Erachtens trifft beides zu. Die ökonomischen und sozialen Benachteiligungen sind offensichtlich sehr gravierend geworden im Zuge der Ausprägung unserer hochindustrialisierten Gesellschaft. Die vielfältigen wirtschaftlichen Benachteiligungen von Familien mit mehreren Kindern sind immer wieder Gegenstand familiensoziologischer und ökonomischer Untersuchungen gewesen. So kommt z. B. der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seinem Gutachten über die wirtschaftspolitischen Implikationen des Bevölkerungsrückgangs (aus dem Jahre 1980) zu dem Ergebnis: In der Vergangenheit hat sich in den einzelnen politischen Bereichen eine ungewollte Kumulation von Anreizen ergeben, auf Nachkommenschaft zu verzichten. Anderer-

seits bin ich allerdings auch der Meinung, daß bestimmte Benachteiligungen, Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit, wie sie insbesondere mit der Betreuung von kleineren Kindern verbunden sein können, heute subjektiv von vielen stärker gewichtet werden.

HK: Geht es hierbei nicht um eine sehr grundlegende Wertentscheidung? Kinder scheinen, da ihr Nutzen für die materielle Existenzsicherung wenigstens scheinbar entfällt, als besonderes Element von Lebensqualität menschlicher Gemeinschaft nicht hoch im Kurs zu stehen.

Wingen: Gerade in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft kann der Umgang mit Kindern maßgeblich dazu beitragen, anderen Werten als denen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts Raum zu lassen. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Geburtenrückgang ist erfreulicherweise neu bewußt geworden, wie sehr Elternschaft, freilich über biologische Fortpflanzung hinausgehende *aktive Elternschaft* auch als Chance der Persönlichkeitsentwicklung gesehen werden muß. Da in diese Elternschaft bedürfnis- und personenbezogene Qualitäten eingebracht werden müssen und sie stets auch einen Lernprozeß für den Erwachsenen darstellt, ist der Umgang mit dem Kind ein wesentliches Medium der Persönlichkeitsentwicklung des erwachsenen Menschen, ein Einüben auch von Fähigkeiten, die für den einzelnen bedeutsam *und* für das gesellschaftliche Zusammenleben unverzichtbar sind. Aktive Elternschaft ist dennoch – oder gerade deshalb – nicht jedermanns Sache. In älteren gesellschaftlichen Kontexten war im übrigen generatives Verhalten weit weniger dem subjektiven Ermessensspielraum des Individuums anheimgegeben, es war sehr viel stärker in überindividuelle Sinnbezüge mit Forderungscharakter gegenüber dem einzelnen eingebunden. So gab es etwa einen durch religiöse Rückbindungen oder durch eine nationale Grundgestimmtheit – letztere ist uns heute sehr viel fremder und in gewissem Grade auch suspekter geworden – charakterisierten Bezugsrahmen, aus dem heraus eine, wenn ich es einmal so nennen darf, „fruchtbarkeitsbehahende Grundeinstellung“ erwuchs.

HK: Ist das Schwinden einer fruchtbarkeitsbehahenden Grundeinstellung wegen des Fehlens überindividueller Sinnbezüge für unsere Gesellschaft wirklich bezeichnend oder gibt es nicht auch Gegenbeispiele?

Wingen: Schlechthin bezeichnend möchte ich nicht sagen, aber doch weithin prägend. Sie fragen nach einem Gegenbeispiel. Ein solches ist in gewisser Beziehung der israelische Kibbuz, wo trotz starker Einbindung der verheirateten Frau in den Erwerbsprozeß gleichzeitig die Entscheidung zum Kind weithin selbstverständlich ist, allerdings durch ein betont kollektives Erziehungssystem auch erleichtert wird. Man sollte sich tatsächlich einmal fragen, ob nicht möglicherweise ein Zusammenhang besteht zwischen dem generativen Verhalten der vielen einzelnen Paare und der Antwort auf die Grundfrage, ob der Gesellschaft ein überindividueller Sinn zukommt, der zugleich Maßstab für die Sinnerfüllung des einzelnen ist.

Denn bei einer postulierten Einbeziehung des einzelnen in eine soziale Sinnerfüllung werden sich auch für das generative Verhalten deutlich andere Konsequenzen ergeben als bei anderen gesellschaftstheoretischen Grundpositionen, die einen solchen überindividuellen Sinn von Gesellschaft schlicht bestreiten.

„Bisher läßt sich noch auf keine grundsätzliche Wende schließen“

HK: Daneben gibt es aber sicher Einflußfaktoren: die Wohnsituation zum Beispiel. Die Wohnkosten und das gesamte Wohnungsbauwesen sind kaum auf Kinderreichtum angelegt.

Wingen: Die Wohnungsversorgung von Familien mit Kindern bzw. von jungen Paaren, die sich zu Kindern entscheiden möchten, ist gewiß ein sehr wichtiger Einflußfaktor. Wir haben trotz der beachtlichen Wohnungsbauleistungen der Nachkriegszeit und der letzten Jahre immer noch eine deutliche Unterversorgung mit Wohnraum von größeren Familien, insbesondere in unteren Einkommensgruppen. Dies haben wir gerade jüngst noch anhand von Ergebnissen der Wohnungsstichprobe 1978 nachweisen können. Bei der Frage, ob dies tatsächlich ein verursachender Faktor für den Geburtenrückgang sein kann, ist allerdings Vorsicht geboten. Man muß hier genau hinschauen, was Ursache und was Wirkung ist. Haben Familien wenig Kinder, weil sie eine kleine Wohnung haben, oder haben sie eine kleine Wohnung, weil sie bereits in der Vorentscheidung auf eine geringere Kinderzahl eingestellt sind? Statistische Korrelationen dürfen auch hier nicht vorschnell in Ursache-Wirkungs-Beziehungen umgedeutet werden.

HK: Sie haben vorhin vom Fehlen überindividueller Sinnbezüge gesprochen. Hat damit nicht auch der vielbeschworene Zukunftspessimismus zu tun, der Kinderbekommen und Kinderhaben ins fast Unverantwortliche rückt?

Wingen: Es gibt durchaus Umfrageergebnisse der Meinungsforschung, nach denen eine sehr pessimistische Zukunftseinschätzung als ein besonders wichtiger negativer Faktor in der Einstellung zum Kinderhaben sichtbar wurde. Dies ist auch ganz verständlich. Wenn man überlegt, daß Entscheidungen für ein Kind, ähnlich wie Entscheidungen für langfristige Bindungen in der Ehe, eben Entscheidungen auf lange Dauer sind, dann wird dort, wo eine ausgesprochen pessimistische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung vorherrscht, eine größere Zurückhaltung zu beobachten sein, längerfristige Bindungen einzugehen. Schon vor Jahren hat Charles Péguy die Eltern die „größten Abenteurer des zwanzigsten Jahrhunderts“ genannt. Die Entscheidung für die Übernahme von Verantwortung für Kinder setzt ein gerütteltes Maß an Sicherheit bis in Tiefenschichten menschlicher Existenz voraus.

HK: Manche sehen in den leicht ansteigenden Geburtenzahlen der beiden letzten Jahre bereits eine Trendwende, und zwar nicht nur demographisch, sondern auch psychologisch. Ist das nicht überinterpretiert?

Wingen: Was den Geburtenanstieg 1980 angeht, so waren zweifellos demographische Faktoren, genauer das Nachrücken starker Geburtenjahrgänge ins heiratsfähige Alter, mit im Spiel. Aber sie gaben, wie unsere Untersuchungen im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg gezeigt haben, nicht den Ausschlag. Sie hatten ein Gewicht von etwa einem Drittel bis einem Viertel. Überwiegend waren dagegen nichtdemographische Faktoren maßgebend, d. h., es hat sich durchaus etwas am generativen Verhalten geändert. Allerdings beobachten wir für 1981 schon wieder einen sehr viel geringeren Anstieg (+ 1%); dies läßt darauf schließen, daß es bisher noch keine grundsätzliche Wende im Sinne längerfristig deutlich steigender ehelicher Fruchtbarkeit gibt. Übrigens war auch in der DDR schon etwa seit 1976 die Zahl der Lebendgeborenen wieder deutlich angestiegen, und zwar auch hier nicht in erster Linie aufgrund demographischer Faktoren, sondern aufgrund veränderten generativen Verhaltens.

HK: Ist nicht gerade die Entwicklung in der DDR ein Beispiel dafür, daß gezielt eingesetzte bevölkerungspolitische Maßnahmen doch wirksam sein können? Es ist ja bekannt, daß die DDR erst 1975 ihre familienpolitischen Programme stark ausgeweitet hat ...

Wingen: Dies ist eine Hypothese, vielleicht auch mehr als eine Hypothese. Vorliegende Untersuchungen bringen die Entwicklung in der DDR insbesondere mit zusätzlichen Maßnahmen für erwerbstätige Mütter in Verbindung („Babyjahr“). Bei der Geburt des zweiten Kindes besteht z. B. die Möglichkeit, sich bei weiterlaufendem Einkommen für ein Jahr aus dem Erwerbsleben zurückziehen zu können. Freilich darf aus kurzfristigen Auswirkungen konkreter Maßnahmen noch nicht auf längerfristige Änderungen im generativen Verhalten geschlossen werden. Man wird die weitere Entwicklung abwarten müssen. Aber ohne Zweifel ist dies eine interessante Entwicklung, die unserer eigenen Familienpolitik zu etwas mehr Phantasie verhelfen könnte.

„Auf kürzere Sicht schlagen die positiven Auswirkungen durch, auf längere Sicht überwiegend die negativen“

HK: Ist das ganze Ausmaß des Problems in seinen ökonomisch-sozialen, aber auch in den psychologisch-pädagogischen Folgen bisher überhaupt erkannt? Man hält sich ja vor allem politisch in dieser Frage noch sehr zurück ...

Wingen: Rückläufige Geburtenraten gab es über längere Zeitabschnitte hin zwar schon in der Vergangenheit, aber der Umschlag eines Geburtenrückgangs in einen Bevölkerungsrückgang ist für uns in diesem Ausmaß neuartig. Be-

reits von daher herrscht eine gewisse Unsicherheit und auch eine verständliche Zurückhaltung in der Beurteilung der Konsequenzen in den verschiedenen Politikbereichen. Man sollte die gesamte Entwicklung weder pauschal positiv noch einfach pauschal negativ bewerten. Das hängt sehr von den verschiedenen Politikfeldern ab, sehr wichtig ist vor allem der Zeithorizont: Auf kürzere Sicht können eher positive Auswirkungen durchschlagen, im Einzelfall sogar dominieren, auf längere Sicht dürften jedoch bei einem so starken Bevölkerungsrückgang, wie er gegenwärtig in der deutschen Bevölkerung vorprogrammiert wird, die negativen Auswirkungen deutlich überwiegen.

HK: Auf jeden Fall muß man davon ausgehen, daß sich die soziale Belastungsquote, also in erster Linie das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen, einschneidend ändern wird ...

Wingen: Die demographische Gesamtbelastungsquote langfristig gesehen keineswegs, ihre Teilkomponenten dagegen sehr einschneidend. Wenn man einmal von einer Modellrechnung ausgeht, auf die man sich in der Bundesrepublik weithin geeinigt hat und die von einem nicht weiter sinkenden, aber auch nicht nennenswert ansteigenden Fruchtbarkeitsniveau ausgeht, dann zeigt sich: Die Relation 0 bis 14jährige bezogen auf die 15 bis 64jährigen würde von 34 Prozent Mitte der siebziger Jahre auf 20 Prozent im Jahre 2030 zurückgehen; die Relation über 65jährige bezogen auf die 15 bis 64jährigen würden von 24 Prozent Mitte der siebziger Jahre auf 37 Prozent im Jahre 2030 ansteigen. Diese fast spiegelbildliche Umkehr der Größenordnungen vollzieht sich, obwohl die Gesamtbelastungsquote, d.h. die noch-nicht-erwerbsfähige junge Generation und die nicht-mehr-erwerbsfähige alte Generation zusammengenommen bezogen auf die erwerbsfähige Generation, sich kaum verändert, nämlich von 58 Prozent Mitte der siebziger Jahre – mit zwischenzeitlichen Schwankungen – auf 57 Prozent im Vergleichsjahr 2030 sogar noch ganz leicht zurückgeht.

HK: Heißt das unterm Strich: bleibt es mehr oder weniger bei der gleichen Gesamtbelastung?

Wingen: Das ist eine der sozialpolitischen Diskussion nicht selten feststellbare Vereinfachung, die zu allerhand Fehlschlüssen führt. Die demographischen Belastungsquoten dürfen zunächst nicht einfach mit wirtschaftlichen Belastungsquoten gleichgesetzt werden. Die Probleme sind auch nicht einfach dadurch zu lösen, daß man Finanzmassen hin- und herschiebt. Das geht schon nicht wegen der sehr unterschiedlichen institutionellen Regelungen in der Versorgung der alten Generation über die kollektive gesetzliche Rentenversicherung und beim Aufbringen der nachwachsenden Generation, deren Kosten wesentlich in den einzelnen Familien aufgebracht werden müssen. Hinzu kommt noch, daß, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Fruchtbarkeitswerte doch wieder deutlicher ansteigen, zu der dann höheren Alterslastquote eine wieder steigende Kinderlastquote kommen würde. Das

müßte sich längerfristig zu einer größeren Gesamtbelastung der erwerbstätigen Generation kumulieren. Dies kann auch dann nicht ohne Probleme abgehen, wenn man weitere Produktivitätsfortschritte und weitere Realeinkommenssteigerungen in Rechnung stellt. Insofern ist die langfristige Sicherung des Drei-Generationen-Vertrages bei den wirtschaftlichen Auswirkungen des eingetretenen demographischen Umbruchs die entscheidende Frage.

HK: Werden über den sozial-ökonomischen Faktoren die psychologisch-pädagogischen Folgen nicht zu sehr übersehen? Die Einkindfamilie z.B. ist kein idealer Erziehungsraum; und Ehepaare, die bewußt kinderlos bleiben, machen gelegentlich auch mit nicht früh genug erkannten Folgen für ihr persönliches und Gemeinschaftsleben Bekanntschaft.

Wingen: Hier ist, glaube ich, zunächst einmal einfach zu beachten, daß Eltern selbst frei, verantwortlich und informiert darüber entscheiden müssen, ob sie nur ein Kind, ob sie mehrere Kinder haben oder ob sie kinderlos bleiben wollen. Das ist ein elterliches Grundrecht, das 1968 in Teheran in einer Erweiterung der Menschenrechtserklärung in den Rang eines Menschenrechts erhoben worden ist: frei, verantwortlich und informiert, also auch informiert über die Möglichkeiten verantwortlicher Geburtenregelung, über die eigene Kinderzahl und über den zeitlichen Abstand zwischen Geburten zu entscheiden. Was die Frage der Vermeidung der Einzelkindsituation angeht, so meine ich, daß, wenn die Rahmenbedingungen für das Kinderhaben entsprechend gestaltet sind und wenn der Wert des Umgangs mit Kindern für die persönliche Entfaltung des einzelnen ausreichend verdeutlicht ist, dann auch mehr Eltern sich für mehr als nur ein Kind entscheiden werden.

„Gerade in unserer Gesellschaft kann der Umgang mit Kindern dazu beitragen, anderen als nur technischen und wirtschaftlichen Werten Raum zu geben“

HK: Ist nicht gerade deswegen die Frage nach Kind und Kinderzahl – ich gebrauche den Ausdruck noch einmal – mehr eine Wert- und Verhaltensfrage als ein ökonomisch-demographisches Problem?

Wingen: Das ist eine in der sozialpolitischen Diskussion den erwachsenen Menschen bedeutet, in der öffentlichen Diskussion oft zu sehr nur unter Gesichtspunkten der Belastung, der Einschränkung etc. diskutiert. Dies ist zwar auch notwendig. Man muß einer Gesellschaft, die weithin nur in ökonomischen Kategorien zu denken gewohnt ist, den Tatbestand Kinderhaben *auch* in diesen Kategorien bewußt machen. Das schließt jedoch nicht aus, auch andere Zusammenhänge zu sehen. Unser Gemeinwesen setzt ein bestimmtes zwischenmenschliches Grundverhältnis voraus, das von den übergreifenden Gemeinsamkeiten menschlichen Lebens ausgeht und auf Verständnis,

Dialog, Begegnung, Kommunikation ausgerichtet ist. Dieses zwischenmenschliche Grundverhältnis erhält eine wichtige Dimension durch das Verhältnis des Erwachsenen zum Kind. Für die personale Entfaltung des einzelnen ist die Begegnung mit dem Kind von erheblicher Bedeutung. Solange diese mehr oder minder selbstverständlich war, wurde sie vermutlich nicht bewußt gesehen. Heute müssen wir das offenbar bewußtmachen.

HK: Dagegen wird man einwenden, es gebe wenig im Umgang mit Kindern, was wir nicht aus dem Umgang mit Erwachsenen erfahren können. – Kinder können auch Ersatz für soziale Beziehungen sein.

Wingen: Das kann es geben, aber im Zusammenleben mit Kindern können viele menschliche Erfahrungen gemacht werden, die mit Erwachsenen eben nicht in gleicher Weise gemacht werden können; Erfahrungen nämlich, die die spezifische Eigenart kindlichen Empfindens, Denkens und Handelns betreffen. Arbeit für das Kind – meist sehr blaß als „Kinderbetreuung“ verortet – verlangt ein Umgehenkönnen mit der Naturgebundenheit und den Entwicklungsphasen der menschlichen Existenz, Eingehen auf Hilfsbedürftigkeit, zweckfreies Spielen, insgesamt hochbedeutsame zwischenmenschliche Fähigkeiten, die dem Kind letztlich auch das nötige „Urvertrauen“ vermitteln. Gerade in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft kann der Umgang mit Kindern maßgeblich dazu beitragen, anderen Werten als denen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts Raum zu geben.

HK: Hat das gewandelte Verhältnis zum Kind nicht auch damit zu tun, daß wir uns gegenwärtig im Partnerschaftsverständnis in einem Übergang befinden? Einerseits sind manche der Meinung, die auf Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung aufbauende Partnerschaft werde durch Kinder gestört, andererseits müssen Ehepartner zu ihrer Familien- und Berufsrolle jeweils erst finden. Von der Realisierung einer Wunschvorstellung, Beruf und Haushalt auf beide Partner möglichst gleich zu verteilen, sind wir weit entfernt. Das führt zu Doppelbelastungen im Normalfall der Frau, die sich ihrerseits auf den Wunsch nach Kindern oder weiteren Kindern negativ auswirken.

Wingen: Letzterem kann ich voll zustimmen. Allerdings gilt es zu sehen, daß nach unserem neuen Eherecht die Ehepartner selbst entscheiden müssen, welche Rollenverteilung sie für ihren individuellen Fall für richtig halten und ihrem eigenen wertbesetzten Lebensentwurf entspricht. Sog. Selbstverwirklichung ist keineswegs nur über Erwerbsfähigkeit zu haben, sondern ebenso über außerfamiliales soziales Engagement oder auch über alleinige Hinwendung zu mehreren Kindern.

HK: Ist es aber nicht so, daß sich Alternativen zur bisherigen Rollenverteilung innerhalb der Ehe aus Gründen der Wirtschafts- und Arbeitsstruktur erst noch in geringem Maße realisieren lassen und daß im Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise eine einschneidende Rollenveränderung auch gar nicht gewünscht wird?

Wingen: Dies ist ein Komplex, der heute in erster Linie unter dem Stichwort einer stärker familienorientierten Arbeitswelt diskutiert wird. Hier ist freilich keineswegs nur der Gesetzgeber angesprochen, sondern ebenso sind es die Tarifpartner und die betriebliche Sozialpolitik. Es genügt nicht, der Frau nur die Möglichkeit einzuräumen, neben Familie, neben Zuwendung zum Kind sich auch beruflich betätigen zu können. Es genügt aber auch nicht, neben den formalrechtlichen Möglichkeiten bestimmte Verbesserungen im Arbeitsprozeß vor allem für Frauen vorzusehen. Denn dann bleibt im Ergebnis die Mehrbelastung eben doch bei der Frau hängen. Gefordert ist vor allem eine Überprüfung überkommener Rollenvorstellungen des Mannes. Wenn die häufigere Berufstätigkeit von Frauen nicht zu Lasten der Frau und der Kinder gehen soll, dann müssen Männer auch mehr Verantwortung im Bereich Familie, Haushalt und Kindererziehung übernehmen.

HK: Es fällt auf – man kennt das aus entsprechenden Untersuchungen –, daß das generative Verhalten für viele immer noch eine Art Tabu-Thema ist – auch in den Beziehungen zwischen Ehepartnern. Man spricht sich über die beim einzelnen bestehenden Vorstellungen über Kinderwünsche wenig aus. Wirkt dieses Sich-gegenseitig-im-unklaren-Lassen nicht vielfach gegen die Realisierung eines Kinderwunsches aus auch dort, wo er an sich vorhanden ist? Kann dem durch gezielte pronatale Maßnahmen entgegengewirkt werden?

Wingen: Wenn ich es richtig sehe, werden Entscheidungen gegen ein Kind, gegen Kinderhaben oder gegen ein weiteres Kind, sehr dezidiert und sehr bewußt getroffen. Dagegen werden Entscheidungen für ein Kind keineswegs so entschieden getroffen. Das hat zur Folge, daß unter negativ bewerteten Rahmenbedingungen eine sich anbahnende Entscheidung für ein Kind auch leichter wieder zurückgenommen wird. Bezüglich der Effizienz bestimmter Maßnahmen zeigen internationale Vergleiche, daß vor allem isolierte pronatalistische Aktionen nur selten auf längere Zeit den gewünschten Effekt haben. Ebensowenig wie der Geburtenrückgang nicht monokausal erklärt werden kann, wäre auch eine monoinstrumentelle politische Reaktion problemangemessen. Man sollte behutsam umgehen mit Anreizen, die vielleicht im Ergebnis nur kurzfristig wirken ...

„Die Nachwuchssicherung verbindet sich heute sehr viel stärker mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau“

HK: Was wären für Sie kurzfristige Anreize, und was würden Sie dagegensetzen?

Wingen: ... massive Geburtenprämien etwa, die den einzelnen dazu verleiten können, ein weiteres Kind zu haben. Und hinterher tragen die Betroffenen dann die gesamte Verantwortung und die langfristigen, auch finanziellen Belastungen, obwohl ein weiteres Kind ihren indi-

viduellen Gegebenheiten u. U. gar nicht entsprach. Deswegen bedarf es langfristig wirksamer, solider Maßnahmen einer guten kindbezogenen Familienpolitik. Einen Fingerzeig für ein sinnvolles Vorgehen kann in diesem Zusammenhang die bevölkerungswissenschaftliche Forschung geben. Sie deutet z. B. darauf hin, daß sich bei Entscheidungen für oder gegen weitere Kinder und auch bezüglich des Zeitpunktes der Geburt dieser Kinder der Einfluß der Frau gegenüber dem des Mannes in den letzten Jahren offensichtlich sehr verstärkt hat. Die Nachwuchssicherung in der Gesellschaft verbindet sich heute sehr viel stärker als in der Vergangenheit mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau. Wenn das aber so ist, dann müßten „Maßnahmen“ sehr viel stärker dort ansetzen, wo es darum geht, der Frau und ihren spezifischen Belastungssituationen gerecht zu werden, ihr also zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Kinderhaben, Zuwendung zum Kind und außerfamilialen, z. B. beruflichen Engagements zu ermöglichen.

HK: Unter besserer Vereinbarkeit bzw. Verbindung von häuslich-erzieherischen und beruflichen Aufgaben kann man sich Verschiedenes vorstellen. Scheitert das meiste nicht gerade gegenwärtig schon an den ökonomischen Bedingungen, z. B. auch an der Arbeitsmarktentwicklung?

Wingen: Mit der besseren Verbindung meine ich sowohl die Möglichkeit des zeitlichen Nebeneinander wie auch – und dies wird leider in der Diskussion nicht genügend gleichgewichtig betont – des zeitlichen Nacheinander. Im letzteren Falle wird dann zunächst die Erwerbstätigkeit im Vordergrund stehen; dem kann eine Phase folgen, in der das Kinderhaben bzw. die Zuwendung zu kleineren

Kindern ganz vorrangig Zeit beanspruchen; wenn die Kinder größer sind, kann mit Haushalt und Erziehung z. B. eine Halbtagsarbeit verknüpft werden; später, wenn die Kinder bereits herangewachsen sind, wird die Frau – bzw. der Mann, wenn dieser vorübergehend die Kinderbetreuung übernommen hatte – sich wieder ganz der Berufsausübung zuwenden können. Ich bin der Meinung, daß die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf perspektivisch auf den gesamten Lebensentwurf bezogen werden muß.

HK: Das würde aber heißen, daß die Ein- bzw. Zweikindfamilie auf Dauer zur Regel und die Mehrkinderfamilie auf jeden Fall zur ganz großen Ausnahme wird ...

Wingen: Das sehe ich eigentlich etwas anders: Bei einer wirksamen Verbesserung der angesprochenen Rahmenbedingungen für Frau und Mann könnte sich zunächst schon der Anteil der kinderlosen Ehen verringern. So dann könnten Paare sich eher zu zwei Kindern als nur zu einem Kind entschließen. Drei- und Mehrkinderfamilien wird es auch weiterhin geben und wegen der stets anzutreffenden und zu akzeptierenden kinderlosen und 1-Kind-Ehen auch geben müssen. Besonders große Familien gehören dabei aber sicher der Vergangenheit an. Für eine möglichst ausgeglichene demographische Struktur in der deutschen Bevölkerung geht es letztlich ja nicht um die Förderung von Vielkinderfamilien, sondern „nur“ um die Verlagerung des Schwergewichts der Kinderzahlen von gegenwärtig 1 bis 2 Kinder je Ehe auf 2 bis 3 Kinder. Eine gesellschaftlich genormte einheitliche Familiengröße für alle kann im übrigen ernsthaft niemand anstreben wollen.

Dokumentation

„Wie ein Mann zusammenstehen“

Ansprache Johannes Pauls II. an die Jesuitenprovinziäle

Am 27. Februar empfing Johannes Paul II. die in der Villa Cavaletti in Grottaferrata tagenden Provinziäle des Jesuitenordens mit der römischen Ordensleitung in Sonderaudienz. Bei dieser Gelegenheit hielt der Papst eine richtungweisende Ansprache, der vor allem wegen der Einsetzung eines persönlichen Delegaten durch den Papst und im Blick auf die für das nächste Jahr erwartete Generalkongregation des Ordens erhebliche Bedeutung zukommt. Wir dokumentieren die passagenweise nacheinander in Italienisch, Französisch, Englisch und Spanisch gehaltene Ansprache (vgl. den Originaltext im „Osservatore Romano“, 28. 2. 82) in deutscher Übersetzung im Wortlaut. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

1. Ich freue mich sehr, euch, in Christus geliebte Brüder, heute bei dieser außerordentlichen Begegnung zu empfangen! Herzlich begrüße ich meinen Delegaten für die Gesellschaft Jesu, Pater Paolo Dezza, und seinen Koadjutor, Pater Giuseppe Pittau, und insbesondere den verehrten Generaloberen, Pater Pedro Arrupe, und euch alle, Assistenten und Berater der Generalskurie und 86 Provinziäle: ihr vertretet hier vor mir die 26 000 Jesuiten, die, in alle Teile der Welt verstreut, bemüht sind, „dem einen Herrn und der Kirche, seiner Braut, unter dem römischen Papst, dem Stellvertreter Christi auf Erden, zu dienen“. Zu diesen Gefühlen aufrichtiger Freude über eure Anwesenheit gesellt sich das gebührende Empfinden der Aner-